



Online-Pranger gegen Lehrer – absoluter Fehlgriff der AfD

NBB verurteilt das Vorgehen der AfD aufs Schärfste

In Hamburg hat die AfD einen „Lehrer-Pranger“ online gestellt, der Nutzer dazu auffordert Lehrer zu denunzieren, die vermeintlich gegen das Neutralitätsgebot verstoßen haben. Eine solche Meldung kann sogar anonym erfolgen. Auch weitere Landtagsfraktionen der AfD, wie z. B. in Brandenburg, Baden-Württemberg und Sachsen, planen ähnliche Portale.

Sollten Schüler den Eindruck gewinnen, dass sie von Lehrkräften oder Schulpersonal politisch indoktriniert werden, dann muss ein solcher Vorgang schulintern gelöst werden. Schüler haben zum Beispiel die Möglichkeit, sich an ihren gewählten Verbindungslehrer zu wenden, damit diese Dinge in der Schule aufgearbeitet werden – aber nicht über Internetportale, wo Menschen denunziert werden.

„Diese Form der politischen Arbeit erinnert an dunkelste Zeiten, die wir in Deutschland erleben mussten. Hiermit zeigt die AfD ihr undemokratisches Gesicht und verabschiedet sich aus dem Kreise der demokratischen Parteien“, so der NBB-Vorsitzende Martin Kalt. „Ich erwarte, dass dieses Vorgehen der AfD bundesweit unterbunden wird. So ein Verhalten ist aus meiner Sicht indiskutabel. Und das kann nicht nur für den Kultusbereich gelten.“

10. Oktober 2018